

Pressemitteilung 298 / 2010

25.06.2010

Marcel Braumann, Pressesprecher

Recht

Tel.: 0351 - 4935823

Handy: 0171 - 8983985

U-Ausschuss „Sachsen-Sumpf“ wieder konstituiert

Fax: 0351 - 4960384

Bartl: Aufklärung blockiert, Rechercheure verfolgt – diesen „Sachsen-Sumpf“ muss neuer U-Ausschuss trockenlegen!

Zur konstituierenden Sitzung des erneut eingesetzten Untersuchungsausschusses „Sachsen-Sumpf“ und zum heutigen Bericht der „Süddeutschen Zeitung“ („Eine sächsische Geschichte“) über die Anklage gegen zwei Leipziger Reporter wegen Recherchen zum Thema „Sachsen-Sumpf“ erklärt [der rechtspolitische Sprecher der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag, Klaus Bartl, zugleich Vorsitzender des Untersuchungsausschusses:](#)

Wir teilen die Kritik des Deutschen Journalistenverbandes an „versuchter Einschüchterung“ durch eine Anklage, die laut „Süddeutsche Zeitung“ „kaum nachzuvollziehen“ ist. Statt dass Staatsanwaltschaft und Staatsregierung in ihrem jeweiligen Verantwortungsbereich den hinter dem Begriff „Sachsen-Sumpf“ stehenden fragwürdigen Vorgängen auf den Grund gegangen sind, werden die Überbringer unangenehmer Informationen verfolgt – auch juristisch. Deshalb widmen sich zwei der heute von den demokratischen Oppositionsfraktionen LINKE, SPD und GRÜNE eingereichten zwölf Beweisanträge möglichen Anhaltspunkten in Ermittlungs- und Gerichtsakten dafür, dass bekannte Personen des öffentlichen Lebens, insbesondere aus dem Bereich der Justiz, „Kunden“ im Leipziger „Kinder-Bordell“ „Jasmin“ gewesen sein sollen.

Neben der Herbeiziehung sämtlicher Akten, die schon dem ersten Untersuchungsausschuss zum „Sachsen-Sumpf“ zur Verfügung standen, der aber wegen der erst vom Sächsischen Verfassungsgerichtshof beendeten Blockade durch die Staatsregierung seinen Aufklärungsauftrag nur zu einem Drittel abarbeiten konnte, wollen wir an den über hundert Seiten umfassenden Sonderbericht des Landrechnungshofes anknüpfen. Er wurde von der Staatsregierung ein Dreivierteljahr lang dem Landtag vorenthalten. Unsere Beweisanträge zielen darauf ab, alle Unterlagen und Korrespondenzen zu der im Rechnungshof-Sonderbericht behandelten Leipziger Immobilienaffäre, die Mittel- und Ausgangspunkt dessen war, was in der Öffentlichkeit als „Sachsen-Sumpf“ bekannt wurde, in Augenschein zu nehmen und auf dieser Grundlage Zeugen vernehmen zu können.

Der Ausschuss hat ein hartes Stück Arbeit vor sich, und es ist gut möglich, dass sich die Regierungs- und Staatsanwalts-Legende von der „heißen Luft“ selbst am Ende als heiße Luft erweisen wird. Ein Nebeneffekt des Untersuchungsausschusses könnte auch sein, dass unabhängige Journalisten künftig in Sachsen nicht mehr von willkürlicher Strafverfolgung bedroht sind. Es wäre dem Rechtsstaat und der Pressefreiheit in Sachsen zu gönnen.